

die bisherige Form der selbständigen Frauenausschüsse nicht mehr den ständig wachsenden Aufgaben zur Förderung der Frauen entspricht. Der Perspektivplan und die zu seiner Durchführung notwendige technische Revolution verlangen eine noch konsequentere Qualifizierung der Frauen, vor allem auf dem Gebiet der Technik, die systematische und zielstrebige Schaffung weiterer materieller Bedingungen zur Erleichterung ihres Lebens und die entschiedene Überwindung auch der letzten Reste rückständiger Auffassungen über die Rolle der Frau im Sozialismus. Die Lösung dieser Aufgaben kann in den Betrieben nicht — wie das bisher häufig der Fall ist — in überwiegendem Maße den Frauenausschüssen überlassen bleiben, sondern ist vielmehr Sache der staatlichen Leiter im Betrieb. Die Aufgabe der Gewerkschaften, als der größten demokratischen Massenorganisation der Werktätigen, ist es dabei, allseitig die Interessen der Frauen und Mädchen zu vertreten.

Aus diesem Grund empfiehlt das Politbüro des ZK der SED, die Frauenausschüsse in den Betrieben in Zukunft den Betriebsgewerkschaftsleitungen zu unterstellen und ihnen die Rechte und Pflichten einer Kommission bei der Betriebsgewerkschaftsleitung zu geben. Im Rahmen der Gewerkschaft werden die Frauenausschüsse besser in der Lage sein, die Belange der im Betrieb arbeitenden Frauen und Mädchen zu vertreten. Sie erhalten dadurch die Möglichkeit, über die Betriebsgewerkschaftsleitung ihre Vorschläge unmittelbar an die staatlichen Leiter des Betriebes heranzutragen und auf ihre Verwirklichung Einfluß zu nehmen. Gleichzeitig wird verhindert, daß den Frauenausschüssen Aufgaben übertragen werden, die ihre Kraft übersteigen und im Verantwortungsbereich anderer Organe liegen. Da die berufstätigen Frauen fast hundertprozentig gewerkschaftlich organisiert und mehr als ein Drittel aller BGL- und AGL-Mitglieder Frauen sind, würde die Unterstellung der Frauenausschüsse unter die Betriebsgewerkschaftsleitung auch die zeitliche Belastung der in diesen Funktionen tätigen Frauen vermindern, die gegenwärtig häufig durch die Doppelgleisigkeit entsteht. Dieser Schritt entspricht der wachsenden Rolle und Verantwortung der Gewerkschaften als der größten demokratischen Massenorgani-

sation und allseitigen Interessen Vertreter in der Werktätigen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus.

Aus den dargelegten Gründen wird dem Bundesvorstand des FDGB empfohlen, diesen Vorschlag zu prüfen und in Vorbereitung der Gewerkschaftswahlen 1965 alle Voraussetzungen zu schaffen, um in den Betrieben der Industrie, im Handel, im Verkehrs-, Bau- und Gesundheitswesen, in kommunalen Betrieben und volkseigenen Betrieben der Land- und Forstwirtschaft Frauenausschüsse bei den Betriebsgewerkschaftsleitungen zu wählen. Das sollte auch in allen anderen Einrichtungen und Institutionen geschehen, wo gegenwärtig neben den Betriebsgewerkschaftsleitungen Frauenausschüsse bestehen. Damit wird die alleinige Verantwortung für die Anleitung und Tätigkeit der Frauenausschüsse den Gewerkschaften übertragen.

Um mit dieser Maßnahme die Autorität der Frauenausschüsse als demokratische Organe der Frauen zu festigen und ihren unmittelbaren Einfluß auf die Vertretung der Interessen der Frauen durch die Gewerkschaften zu erhöhen, sollte vor jeder Neuwahl der Betriebsgewerkschaftsleitung in einer besonders dafür einberufenen Frauenversammlung der Frauenausschuß gewählt werden. Gleichzeitig sollte diese Frauen Versammlung die Vorsitzende des Frauenausschusses als Kandidat für die Betriebsgewerkschaftsleitung nominieren.

Des weiteren wird empfohlen, bei den Gewerkschaftskomitees der WB ehrenamtliche Frauenkommissionen zu bilden. Damit würde sich das Weiterbestehen von Frauenkommissionen bzw. -aktiven bei den Generaldirektoren der WB erübrigen. Das trifft auch auf bestehende Frauenaktive bei einigen Werkdirektoren zu.

Das Politbüro des ZK der SED schlägt den Frauenausschüssen und Betriebsgewerkschaftsleitungen vor, gemeinsam diese Empfehlung zu beraten und Maßnahmen zu ihrer Durchführung festzulegen.

Durch die Leitungen der Partei und durch die Genossen, die Funktionäre der Gewerkschaft sind, ist die Verwirklichung dieses Beschlusses aktiv zu unterstützen.